

## Cui bono?

*Kritik am ZdK aus ungewohnter Ecke*

Daß ein Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses bei der Herbstvollversammlung des *Zentralkomitees der deutschen Katholiken* zum Thema Sicherheitspolitik schlußendlich mangels Beschlußfähigkeit nicht verabschiedet werden konnte, ist an sich kein ungewöhnlicher Vorgang. Gegner des Papiers hatten zunächst versucht, die Verabschiedung zu vertagen und die ganze Erklärung einer gründlichen Überarbeitung zu unterziehen. Der Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses mit dem hohe Erwartungen weckenden Titel „Gemeinsam den Frieden sichern“ war ihnen zu eng geführt auf die Frage nach dem Einsatz militärischer Mittel und ließ weder Fragen der Friedensethik noch auch die Breite unterschiedlicher sicherheitspolitischer Optionen ausreichend zum Vorschein kommen.

Die Möglichkeit, zu einem günstigen Zeitpunkt mit dieser Erklärung zu einer wichtigen gesamtgesellschaftlich relevanten Problematik herauszukommen, wog jedoch für viele ZdK-Mitglieder schwerer als alle Einwände inhaltlicher Art. Die Vollversammlung entschied sich für den Weg lediglich kleinerer Korrekturen, bis schlußendlich von einem der kritisierenden Verbände, dem BdKJ, kurz vor der Endabstimmung beantragt wurde, die Beschlußfähigkeit der Vollversammlung festzustellen, mit dem Ergebnis, daß diese nicht gegeben war.

So unstrittig zunächst auch die Legitimität einer solchen Vorgehensweise ist, beliebt ist sie bei denen, die zunächst unterliegen, natürlich nicht. Den Kritikern des Friedenspapiers jedoch vorzuhalten, sie hätten lediglich in die parlamentarische Trickkiste gegriffen, oder gar, sie würden Kirchensteuerermittel verschleudern, indem sie – zunächst sah es so aus, als würde es

dazu kommen – die Mitglieder des ZdK zwingen, zu einer *außerordentlichen Vollversammlung* zusammenzukommen, hilft nicht weiter. Solange die Kritiker des vorgelegten Papiers sowohl die Erarbeitung einer Erklärung zur Sicherheitspolitik durch das ZdK als auch ihre Einwände gegen das vorgelegte Papier für einigermaßen gewichtig halten, und das taten sie mit einigem Recht, ist ihnen nicht vorzuhalten, daß sie auf diesem Weg Zeit zu gewinnen versuchen. In den Kirchen, auf katholischer Seite etwa im Rahmen der Kommission *Justitia et Pax*, werden Themen dieser Art mit einer Sorgfalt behandelt, hinter der auch das Zentralkomitee schon aus eigenem Interesse nicht zurückbleiben kann.

Dies alles wäre weit weniger erwähnenswert, wenn, ja wenn Kritik an solchen parlamentarischen Gepflogenheiten gegenwärtig nicht aufs Gedeihlichste verbunden würde mit Kritik an der Arbeit des Zentralkomitees überhaupt. In einem Teil des deutschen Katholizismus, in dem man sich gerne ausgesprochen romtreu gibt, entdeckt man mit einem Mal, daß es sich beim ZdK um ein schwerfällig gewordenes Gremium des Laienkatholizismus handelt, man moniert fehlenden Basiskontakt und beklagt die mangelnde einheitliche katholische Haltung (vgl. die Berichterstattung zur ZdK-Vollversammlung im *Rheinischen Merkur* und der *Deutschen Tagespost*).

Nicht als ob es an der obersten Laienvertretung im deutschen Katholizismus nicht tatsächlich manches anzumerken gäbe: etwa in bezug auf die Frage, wen sie repräsentiert, wie sie sich zusammensetzt und wofür sie zuständig ist. Aber darum geht es bei der neuerlichen Kritik nicht. Es dürfte sich hierbei vielmehr um eine Folgewirkung der Debatte um das sogenannte Dialogpapier des ZdK handeln (vgl. HK, November 1992, 497ff.; Juni 1993, 274f.): Solange das ZdK sich in zahlreichen innerkirchlichen Streitfragen als unzuständig erklärte und man politisch im wesentlichen CDU-Positionen verkündete, war das Zentralkomitee wohlgeglitten. Seitdem vor allem

ersteres nicht mehr ohne weiteres der Fall ist, hat sich der Wind gedreht.

Im Zusammenhang mit einer zunächst als unproblematisch eingestuften Änderung der Satzung des ZdK blitzte beispielsweise, gerade auch unter Beteiligung von Mitgliedern des ZdK aus den neuen Bundesländern, bei der Herbstvollversammlung für kurze Zeit eine zwar diesmal vermiedene, aber in Zukunft immer weniger zu umgehende Grundsatzdebatte über das Verhältnis des Zentralkomitees zu den Bischöfen auf, auf deren weiteren Verlauf man gespannt sein darf. Überhaupt kommen gerade aus den neuen Bundesländern sowohl politisch wie innerkirchlich Akzente in das oberste Gremium des deutschen Laienkatholizismus hinein, die bisher weniger Aussicht hatten, Gehör zu finden.

Hinzu kommt ein weiterer Faktor: Eine synodal verfaßte Mitverantwortung der Laien wird in der Kirche nicht wirklich gewollt. Die zunehmend unverbindlicheren Mitwirkungsformen auf Diözesanebene sind hier kein Ersatz, auf jeden Fall geschieht aber faktisch nichts, um substantiell weiterzukommen. Dadurch wachsen dem ZdK gegenwärtig – möglicherweise, ohne daß man sich dessen bewußt ist – Funktionen zu, von denen es sich traditionell eher fernhielt, denen es aber immer weniger ausweichen kann.

Mit dem Zentralkomitee ist es in dieser Hinsicht gegenwärtig wie mit dem Bischofswahlrecht der *Domkapitel*: Die geltenden Bischofswahlverfahren sind beileibe nicht das Optimum dessen, was ekklesiologisch zu wünschen und kirchenrechtlich möglich wäre. Da aber Forderungen nach einer formellen Beteiligung von Laien z.Z. wenig Aussicht auf Erfolg haben, hält man sich an das, was man hat, da auch dieses bereits mehr ist, als manchem in der Kirche recht ist. Übertragen auf das ZdK heißt das: Lieber ein ZdK, das zunehmend auch Offenheit zeigt für den innerkirchlichen Problemstau, der kirchliches Leben lähmt, als gar kein Gremium, in dem sich Laieninteressen artikulieren, so unvollkommen dies Gremium in mancherlei Hinsicht auch sein mag. Wo in dieser Si-

tuation Gremienarbeit von Laien, wie sie auch im Rahmen des ZdK bis heute geschieht, pauschal abgewertet wird, ist man im Grunde an einer breiteren Mitverantwortung von Laien an der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Kirche nicht interessiert. Man schlägt den Sack, meint aber den Esel.

nt

## Überflüssig?

Der „Club of Rome“ feiert sein 25jähriges Bestehen.

Damals, 1972 hat er seine Wirkung kaum verfehlen können – der erste Bericht des „Club of Rome“ zur Lage der Menschheit war ein Paukenschlag. Schockierend und unmißverständlich zugleich war die Botschaft der im Auftrag des „Club of Rome“ vom Massachusetts Institute of Technology erstellten Studie „Die Grenzen des Wachstums“: Komme es nicht durch ein sofortiges radikales Umdenken in Wirtschaft und Politik zu einer drastischen Begrenzung des rasanten Bevölkerungswachstums, der Ausbeutung der Rohstoffquellen, der Industrialisierung und zu einer entschiedenen Trendwende in der Nahrungsmittelproduktion, sei die globale Katastrophe unausweichlich. Zum Teil Symptom, zum Teil aber selbst auch beschleunigender Katalysator, war der Bericht Ausdruck einer tiefgreifenden Erschütterung des alles bestimmenden Credos der Nachkriegszeit: des Glaubens an ein grenzenloses wirtschaftliches Wachstum.

Als „Propheten des Null-Wachstum“ denunziert handelte sich der „Club of Rome“ bzw. der Herausgeber der Studie, *Dennis Meadows*, seinerzeit auch massive Kritik ein, die sich meist jedoch gegen bestimmte Einzelheiten der Prognose, auf unbestreitbare Schwächen des von *J.W. Forrester* entwickelten Computer-Weltmodells richtete (etwa die fehlende Differenzierung der Analysen entsprechend

den regional verschiedenen Entwicklungen oder die Unterbewertung sozialer und kultureller Faktoren). Gegenüber der eigentlichen Botschaft, dem Hinweis auf die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen, blieb diese Kritik Randglosse.

Mit einer ähnlichen Resonanz wie zu Anfang der siebziger Jahre kann der nun 25jährige Kreis der 100 „Weisen“ aus Wissenschaft und Wirtschaft heute nicht mehr rechnen. Der Jubiläumskongreß in Hannover Anfang Dezember, der unter dem Motto „Die neue Verantwortung Europas“ stand, diente den meisten Beobachtern eher zur Erinnerung an wirkmächtigere Tage des 1968 vom italienischen Industriellen *Aurelio Peccei* initiierten Welt-Notstandskomitees. Nicht daß die Thesen des 25. Jahreskongresses ohne jede Aktualität oder Brisanz gewesen wären: Die Hauptbedrohung für das Überleben der Menschheit sei heute – so der derzeitige Präsident des Clubs, der Spanier *Ricardo Diez-Hochleitner* – die tragische Mauer zwischen Armen und Reichen und die zunehmende Ungleichheit auf der Welt; die Einsicht in die ethische Krise unserer Zeit wirke noch bedrohlicher als die in die ökonomische.

Daß die mahnenden Worte des Jubilars nur noch einen schwachen Wellenschlag auslösen, hat eine Sonnen- und eine Schattenseite. Zum einen scheint den Club das Los ereilt zu haben, das mit ihm alle guten Pädagogen teilen: Je besser und schneller die Schützlinge zur eigenen Reife gelangen, um so überflüssiger wird der Pädagoge selbst. Längst sind die spektakulären Erkenntnisse von 1972 zum Allgemeinut einer vom Club of Rome mitherausgeforderten breiten Ökologiediskussion geworden. Inzwischen etablierte, weltweit operierende und durchsetzungsfähige Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace sind in den Fußspuren des Clubs gefolgt. An allgemein verfügbaren Informationen über die desolate Lage des Globus fehlt es derzeit sicher nicht, wobei heute die Prognosen über das Ende der Rohstoffvorräte durch die noch drängendere Einsicht in das katastrophale

Ausmaß der weltweiten Umweltzerstörung überholt sind.

Mit der größeren Verbreitung des Wissens um die Bedrohung der Zukunft ist, dies die Schattenseite, jedoch auch die *Gewöhnung* an solche Thesen und Szenarien einhergegangen. Das Schicksal der Umweltkonferenz in Rio (vgl. HK, September 1992, 419ff) hat einmal mehr dieses Nebeneinander von Informiertheit und Folgenlosigkeit deutlich gemacht, das krasse Mißverhältnis zwischen enormem rhetorischem Aufwand („die letzte Chance zur Rettung des Planeten“) und der dürftigen Bilanz der Ergebnisse ein Jahr später. Der gefeierte Durchbruch von Rio, die weltweite Anerkennung eines untrennbaren Zusammenhangs von Umwelt und ökonomischer Entwicklung, bleibt in Zeiten weltweiter Rezession und Arbeitslosigkeit auf der Ebene der Programme und Bekenntnisse.

Dabei signalisierte der zweite, im Vorfeld von Rio und 20 Jahre nach den „Grenzen des Wachstums“ erschienene Bericht *Meadows'* „Die neuen Grenzen des Wachstums (im englischen Originaltitel unmißverständlich: „Jenseits der Grenzen“) keinesfalls Entwarnung. Die Lage ist vielmehr noch ernster geworden: „1971 sah es so aus, als werde man erst nach einigen Jahrzehnten die materiellen Grenzen für die Nutzung vieler Rohstoffe und der Energie erreichen. 1991 aber zeigten die Computerläufe und die Neubewertung der Daten, daß die Nutzung zahlreicher Ressourcen und die Akkumulation von Umweltgiften bereits die Grenzen des langfristig Zuträglichen überschritten haben – trotz verbesserter Technologien, trotz des mittlerweile gewachsenen ökologischen Bewußtseins und trotz strenger Umweltgesetze“.

Die Industrieproduktion hat sich in den zwei Jahrzehnten fast verdoppelt, die Weltbevölkerung stieg von 3,6 auf 5,4 Milliarden (trotz leicht sinkender Wachstumsrate war der Bevölkerungszuwachs 1991 mit 92 Millionen Menschen so hoch wie nie zuvor). Das Fazit der Autoren: Eine lebenswerte Zukunft müsse zur „Epoche des Rückweges“ werden, in der man die Schäden ausheilen lasse. Materielles Wachs-